

Das Denkmal: Wem gehört es, wer bewahrt es?

Tagung der Evangelischen Akademie Tutzing vom 3.-5. März 2017

Tagungsbericht

Die Tagung begann mit einem Rückblick der Referenten *Achim Schröer* und *Wolfgang Weise* auf Weiterentwicklungen in Denkmalschutz und Denkmalpflege während der vergangenen fünf Jahre. Sie betonten, dass es zwar viel bürgerschaftliches Engagement im Bereich des Denkmalschutzes gibt, dass aber andererseits in der Gesellschaft insgesamt und etwa bei Hausbesitzern und Denkmaleigentümern oft zu wenig Bewusstsein für die Belange des Denkmalschutzes vorhanden sei. Das liege auch daran, dass die staatliche Denkmalpflege personell unterbesetzt sei, dass die Denkmaleigenschaft oftmals nicht in Kataster und Grundbuch aufgenommen werde und die Eigentümer unzureichend informiert seien, dass Architekten und Bauingenieure nicht zwangsläufig auch im Denkmalwesen qualifiziert seien und dass die finanzielle Unterstützung für Denkmaleigentümer nicht ausreiche. Damit stellten sie einige Thesen an den Anfang, die auch im weiteren Verlauf der Tagung aufgegriffen und diskutiert wurden.

Prof. Dr. Edgar Grande schloss mit einem Vortrag aus politikwissenschaftlicher Sicht auf die Rolle der Zivilgesellschaft im Denkmalschutz an. Er betonte die Notwendigkeit zivilgesellschaftlichen Engagements - dabei auch auf die bekannte Streitschrift von Hoffmann-Axthelm aus dem Jahr 2000 zurückgreifend („Kann die Denkmalpflege entstaatlicht werden?“) – aufgrund der Kapazitätsprobleme der staatlichen Denkmalpflege, aber auch weil Erhaltungsmaßnahmen anders mitgetragen würden, wenn sie nicht nur auf dem staatlichen Verordnungsweg erzwungen würden. Um eine wirksame Beteiligung aus der Bürgerschaft zu ermöglichen, sei allerdings eine Demokratisierung des Denkmalschutzes notwendig, wie sie zum Beispiel in lokalen Denkmalbeiräten ausgestaltet werden könne.

Mit einer Kurzvorstellung der Arbeitsgruppen für den nächsten Tag zunächst im Plenum und dann in einem World Café endete der erste Abend. Die Tagungsgäste hatten dabei die Möglichkeit, bei den Arbeitsgruppenleitern zu den geplanten Inhalten nachzufragen, selbst Anregungen für die Arbeit am nächsten Tag zu geben und sich für einen Schwerpunkt zu entscheiden.

Der zweite Tagungstag begann mit einer Serie von Kurzvorträgen der Arbeitsgruppenleiter, die Hauptprobleme und Beispiele aus ihren jeweiligen Feldern skizzierten. Den Auftakt machte der Kommentator des niedersächsischen Denkmalschutzgesetzes *Andreas Kleine-Tebbe*, der mögliche Weiterentwicklungen des Denkmalrechts ansprach. Neuer Regelungsbedarf entstehe insbesondere durch die Belange des Umweltschutzes und der nachhaltigen Energieversorgung, aber auch weil Bürgerbeteiligung heute als wichtiger im politischen Prozess angesehen werde.

Zu „fachlichen Fragen des Denkmalschutzes“ referierten Harald Brode, Peter Haimerl und Hermann Schiefer, während Dr. Bernd Vollmar sich für diesen Tagungstag wegen einer Erkrankung entschuldigen musste. *Harald Brode* vertrat die These, dass im Städtebau das akademisch geprägte Erhaltungs- und Geschichtskonzept zugunsten modisch-ästhetischer Gesichtspunkte und Investoreninteressen viel zu oft aufgegeben werde. Er präsentierte außerdem etliche Beispiele aus der Arbeit seiner Denkmalinitiative, die entgegen solchen Trends Einzeldenkmale behutsam renoviert und wieder nutzbar macht. Auf solche qualitätvollen Nutzungen – an der Denkmalsubstanz orientiert, aber entsprechend modernen Ansprüchen modifiziert - ging auch *Peter Haimerl* ein und schloss daran die

These an: „Denkmalpflege ist die einzige Chance für moderne Architektur“, die kontrovers diskutiert wurde. *Hermann Schiefer* präsentierte mit dem „Monumentendienst“ ein erfolgreiches Beispiel aus Norddeutschland (Oldenburg) für ein Pflege- und Wartungsangebot an die Eigentümer von Denkmälern. Nur mit einer aktiven Baupflege könnten historische Gebäude langfristig geschützt und eine gewachsene Kultur- und Denkmallandschaft erhalten werden.

Zur „Vermittlung von Denkmalbewusstsein in Schule und Erwachsenenbildung“ entfiel der Kurzvortrag von Ferdinand Neuhofer, der erkrankt war. *Reinhard Pausch* sprach von der Notwendigkeit, aber auch der Schwierigkeit der politisch-kulturellen Bildung für die Belange des Denkmalschutzes. Menschen müssten in ihrer kulturellen Identität und in ihrem Bewusstsein für ihre Umgebung angesprochen und motiviert werden. Dazu gehörten Wertschätzung und eine seriöse politische Kommunikation. *Wolfgang Weise* betonte, dass der Denkmalschutz integraler Bestandteil einer nachhaltigen Gestaltung unserer (gebauten) Zukunft sei. Deshalb sei es notwendig, von Kind auf das Bewusstsein dafür zu wecken. Er verwies auf das Projekt „Denkmal und Schule“, das in der Arbeitsgruppe vorgestellt und im Hinblick auf seine Ausweitung diskutiert werde.

Helga Baritsch-Schmitt schließlich, die für Johannes Haslauer als Referentin eingesprungen war, kündigte an, dass man in der aufgrund von Teilnehmerwünschen am Vorabend ausgerichteten Arbeitsgruppe besonders das Verhältnis von Zivilgesellschaft und Profession ins Auge fassen werde. Dabei seien Schnittstellen wie die Unterschutzstellung markanter Einzelgebäude, aber auch der Ensemblechutz in der Diskussion.

Entsprechend den skizzierten Themenkreisen tagten den ganzen Nachmittag die Arbeitsgruppen. Nach dem Abendessen lud der Bayerische Landesverein für Heimatpflege e.V. zu einem Sektempfang aus Anlass von „5 Jahren Denkmalnetz Bayern“ ein, bei dem *Achim Schröer* eine kleine Ansprache hielt.

Den Abendvortrag hielt *Prof. Dr. Sigrid Brandt*, die als Professorin für Architektur- und Städtebaugeschichte und als Generalsekretärin für Deutschland in der internationalen Denkmalagentur ICOMOS tätig ist. Sie leitete zunächst den Nachhaltigkeitsbegriff historisch her und ging dann auf den Beginn der modernen Denkmalpflege im Zeitalter der Aufklärung ein. Im letzten Teil ihres Vortrags benannte sie die Voraussetzungen, um das „Denkmal als Ressource“ nicht nur im materiellen Sinn zu nutzen. Denkmalschutz müsse – dabei schloss sie auch an Redner des Vormittags an – stärker in Strategien der Nachhaltigkeit eingebaut werden, zum Beispiel sei da an die Vermeidung von Bauabfällen und an ressourcenschonende Restaurierungen zu denken. Insofern gehe es hier um eine zukunfts-gewandte Disziplin. Denkmalschutz dürfe zudem auch vor unbequemen Denkmälern, den Zeugnissen und Hinterlassenschaften von Kriegen etwa, nicht Halt machen. Sie schloss mit einem Appell, das Europäische Kulturerbejahr 2018 in den Blick zu nehmen und es mitzugestalten.

Am letzten Tagungstag wurden zunächst wichtige Ergebnisse von den Arbeitsgruppenleitern und einigen Teilnehmern präsentiert. Die Arbeitsgruppe 1 – Denkmalrecht – benannte als Vorschläge, die in die politische Diskussion einzubringen seien: die flächendeckende Veröffentlichung von Denkmalisten (z.B. nach bayerischem Vorbild), die Schaffung des beruflichen Status eines „Facharchitekten“ für Denkmalpflege, die Schaffung von Beratungs- und Hilfeagenturen nach dem Vorbild des Monumentendienstes und die Idee eines Baubuchs, in das für jedes Anwesen alle denkmalpflegerisch wichtigen Maßnahmen einzutragen sind. Zum Teil in eine ähnliche Richtung gingen die Vorschläge der zweiten Arbeitsgruppe, die Unterstützungsangebote durch „Denkmallotsen“ (Facharchitekten)

ausbauen wollte, die Herausgabe von Checklisten durch das Landesamt anregte wie insgesamt mehr Sensibilität und Wertschätzung für Bürgerbelange durch die staatliche Behörde einforderte. Fachliche Standards der Denkmalpflege müssten sich nicht nur an der Denkmalsubstanz, sondern am Gesamterscheinungsbild orientieren: Über Denkmäler müssten gewissermaßen Geschichten erzählt werden.

Arbeitsgruppe 3 verwies auf das – auszuweitende – Vorbild der Deutschen Stiftung Denkmalschutz für Vermittlungsarbeit im Bereich Denkmalschutz hin. Angebote wie die Tage des offenen Denkmals seien allerdings für den schulischen Bereich kaum erfolgreich, während man hier nur durch „aufsuchende“ Arbeit erfolgreich für den Denkmalschutz werben könne. Über konkrete Denkmalsprojekte könnten Brücken gebaut und viele Menschen einbezogen werden, sie könnten sogar als Instrument für Integration genutzt werden. In der Diskussion wurde angeregt, dabei auch an die Einbeziehung der Flüchtlinge zu denken, die oft handwerkliche Fähigkeiten mitbrächten.

Aus der Arbeitsgruppe 4 wurde auf die Bedeutung effektiver Medien und Multiplikatorenarbeit für den Denkmalschutz aufmerksam gemacht: etwa durch Artikel in Heimatzeitungen, Filmreihen, Vorträge der HeimatpflegerInnen usw. Die Aufmerksamkeit der Kommunalpolitik auf diesem Weg zu gewinnen sei allerdings schwierig, hier brauche es eventuell auch mehr Institutionalisierung wie in kommunalen Denkmalbeiräten. Gerade für den Ensembleschutz, der zum Beispiel bei Nachverdichtungsvorhaben im Bereich der Gartenstädte, zu wenig Berücksichtigung finde, sei noch viel zu tun.

In der Schlussdiskussion, die von *Ulrike Haerendel* moderiert wurde, trafen die Positionen einer staatlich orientierten Denkmalpflege auf die Forderungen nach einer stärkeren Demokratisierung – anschließend an den Eingangsvortrag von Prof. Grande. Als Vertreter der staatlichen Denkmalpflege konzidierte *Dr. Bernd Vollmar* zwar, dass Denkmal- und Gestaltungsbeiräte noch ausbaufähig seien. Einer verpflichtenden Bürgerbeteiligung in denkmalrechtlichen Verfahren – zum Beispiel nach dem Vorbild Großbritanniens -, wie von *Achim Schröer* und *Wolfgang Weise* gefordert, wollte er allerdings nicht zustimmen. *Graf v. Stillfried*, der für Rosemarie Wilcken die Deutsche Stiftung Denkmalschutz vertrat, problematisierte die Überlagerung der Denkmalschutzbelange im kommunalpolitischen Bereich durch andere Interessen. Deshalb appellierte er an die Denkmalschützer, nicht nur in rechtlichen Kategorien, sondern noch stärker ans „Politik machen“ zu denken.

gez. Dr. Ulrike Haerendel